

# 3 Vermittler zwischen Bürgern und politischen Institutionen

## 3.1 Parteien

---

Leitfragen	Welche Aufgaben haben Parteien in einer modernen Demokratie?	Was ist unter innerparteilicher Demokratie zu verstehen?	Welche programmatischen Ausrichtungen von Parteien lassen sich unterscheiden?
------------	--	--	---

### Was ist eine Partei?

Parteien sind Vereinigungen, die politische Interessen von Staatsbürgern wahrnehmen. Ihre Mitwirkung an der politischen Willensbildung ist eine in der Verfassung verankerte öffentliche Aufgabe (Art. 21 GG). Der Begriff „Partei“ ist vom lateinischen Begriff „pars“ für „Teil“ abgeleitet. Der Ausdruck weist darauf hin, dass eine Partei i. d. R. nicht die gesamte Bevölkerung repräsentiert, sondern nur einen Teil. Eine Partei steht dabei in der Regel für eine bestimmte politische Strömung in einer Gesellschaft. Das Ziel von Parteien ist, die politischen Entscheidungen durch die Besetzung von Schlüsselpositionen in den politischen Entscheidungsorganen – vor allem Regierung und Parlament – zu beeinflussen. Um dies zu erreichen, streben Parteien danach, bei Wahlen ihre Stimmenzahl zu maximieren. Der Wettbewerb zwischen Parteien um politischen Einfluss prägt das politische Leben der modernen Demokratien.

### Was ist ein Parteiensystem?

Der Begriff Parteiensystem richtet sich auf die Gesamtheit der Parteien in einem Staat und ihre Beziehungen untereinander; er setzt somit voraus, dass es mehr als eine Partei gibt und diese sich miteinander in einem Wettbewerb um die politische Macht befinden. Orientiert an der Zahl der Parteien gibt es Zwei- und Vielparteiensysteme. Nach der Ausprägung des Wettbewerbs wird weiterhin zwischen polari-

sierten Parteiensystemen, in denen sich die Parteien heftig befehden, und nicht polarisierten Parteiensystemen unterschieden.

### Grundsätze des deutschen Parteiensystems

- **Mehrparteienprinzip:** Das Grundgesetz fordert die Existenz mehrerer Parteien und schließt damit eine Einparteindiktatur wie das Dritte Reich und die Sowjetunion aus.
- **Freie Gründung und Chancengleichheit der Parteien:** Alle Bürger müssen in der deutschen Demokratie Parteien gründen dürfen, und keine – demokratische – Partei darf durch die Regelung des Wettbewerbs und der Parteienfinanzierung systematisch bevorteilt oder benachteiligt werden.

### Aufgaben der Parteien im politischen Prozess

Parteien sind in den modernen Demokratien als Mittler zwischen Bürger und Staat unverzichtbar. Sie erfüllen folgende Funktionen:

- **Partizipationsfunktion:** Parteien stellen eine Verbindung her zwischen den Bürgern und dem politischen System, indem sie ihnen als Wählern oder als Parteimitgliedern die Teilnahme am politischen Geschehen ermöglichen. Als Parteimitglieder haben Bürger die Möglichkeit,

bei Programmformulierungen und bei der Kandidatenauswahl mitzuwirken.

- **Meinungsbildung:** Parteien nehmen – vor allem mithilfe der Medien – Einfluss auf die öffentliche Meinung und fördern die politische Beteiligung der Bevölkerung.
- **Programmfunktion:** In den Parteien werden die Interessen und Meinungen der Bürger artikuliert und gebündelt. Die verschiedenen Interessen fließen in ein politisches Programm ein, für das die Parteien um Zustimmung werben.
- **Personalrekrutierung:** Parteien wählen und bilden Personen aus, die bei Wahlen auch für die Kandidatur um politische Ämter bereitstehen.
- **Einflussnahme auf Regierung und Parlament:** Die Parteien stellen als Regierungsmehrheit im Parlament das Regierungspersonal und nehmen so Einfluss auf politische Entscheidungen bzw. das Staatshandeln. Im Parlament sind sie für ein funktionierendes System verantwortlich (Fraktionen, Arbeitsteilung, Organisieren von Mehrheiten für Regierungsvorschläge). Als Oppositionspartei haben sie die Aufgabe, politische Alternativen zur Regierungsarbeit zu formulieren.

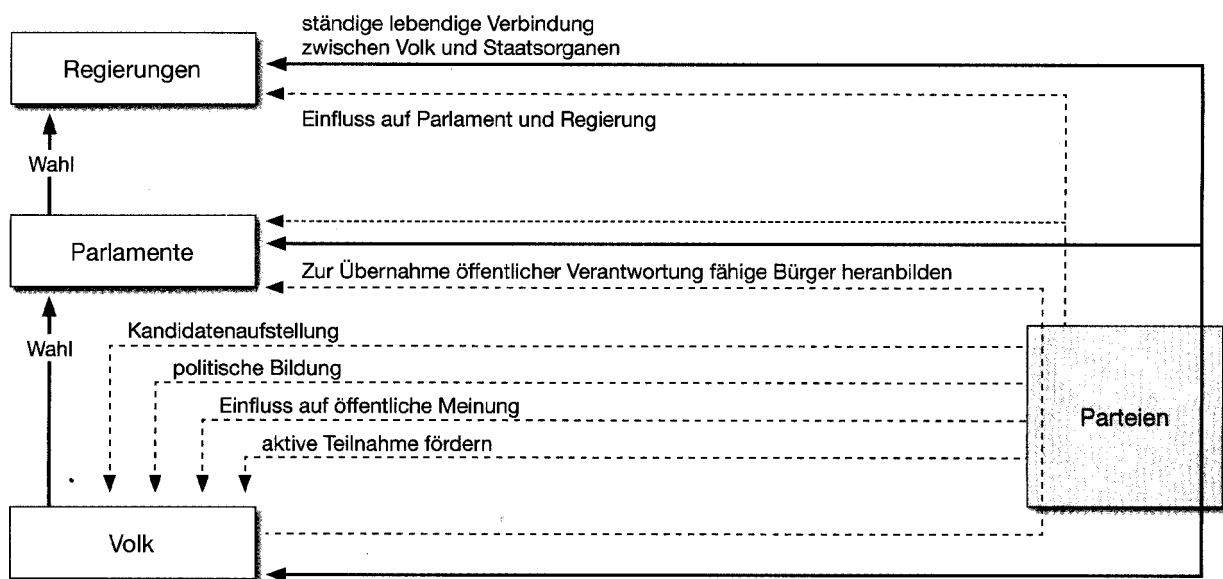
- **Legitimationsfunktion:** Die Parteien sorgen für eine kontinuierliche Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft, indem sie einerseits die Bürgerinteressen gegenüber staatlichen Institutionen artikulieren und andererseits die Bevölkerung über staatliche Entscheidungen informieren. Diese Funktion trägt wesentlich zur Stabilität des politischen Systems bei.

### Die Parteimitglieder

In einer Parteiendemokratie wie Deutschland prägen die Parteien das politische Leben. Daher ist es von zentraler Bedeutung, dass die Parteien für alle Bürger, die mitwirken wollen, offen sind. Dieses Angebot zur politischen Beteiligung nimmt allerdings nur ein kleiner Teil der Bürger wahr. Nur rund fünf Prozent der Wahlberechtigten sind Mitglieder von Parteien. Es lässt sich dabei in den Parteien nach dem Grad der parteilichen Aktivität zwischen verschiedenen Gruppen von Mitgliedern unterscheiden:

- **Mitglieder ohne Parteifunktion:** Dies sind rund 75 bis 85 Prozent der Parteimitglieder.
- **Mitglieder mit ehrenamtlicher Parteifunktion** auf lokaler Ebene.

### Die Aufgaben der Parteien



- **Hauptamtliche Parteiangestellte** auf den verschiedenen Parteiebenen.
- **Inhaber eines öffentlichen Wahlamts**, z.B. Bürgermeister, Landtags- und Bundestagsabgeordnete.

Die **soziale Zusammensetzung** der Parteimitglieder unterscheidet sich deutlich vom Bevölkerungsquerschnitt. So sind Frauen und Arbeiter entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in Parteien unterrepräsentiert. Bürger aus dem gehobenen Mittelstand – vor allem männliche Akademiker mittleren Alters – sind weit überdurchschnittlich in Parteien engagiert. Auch unter den Inhabern öffentlicher Wahlämter dominieren männliche Akademiker.

### Verpflichtung zur innerparteilichen Demokratie

Das Grundgesetz regelt, dass die innere Ordnung der Parteien **demokratischen Grundsätzen** entsprechen muss. Dies bedeutet:

- **Willensbildung von unten nach oben:** Alle Mitglieder der Partei müssen die Möglichkeit haben, an den Entscheidungen über den Kurs der Partei teilzunehmen (Ausschluss des „Führerprinzips“). Das oberste Organ der Parteien ist daher die Mitgliederversammlung. Es darf keine Minderheit in einer Partei deren Kurs oder die Auswahl von Kandidaten für politische Ämter bestimmen (Mehrheitsprinzip).
- **Rechenschaftspflicht von oben nach unten:** Die Vorstände auf den verschiedenen Parteiebenen werden von Versammlungen auf diesen Parteiebenen gewählt und sind ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig. Die Parteimitglieder müssen die Möglichkeit haben, die Mitglieder der Führungsgremien bei der nächsten Wahl des Vorstands abzuwählen, wenn Entscheidungen auf Unmut stoßen.
- **Offenheit der Partei:** Bürgern darf nicht willkürlich die Aufnahme in eine Partei verweigert werden, und sie dürfen nicht ohne triftigen Grund ausgeschlossen werden.

Der Gesetzgeber hat die **innerparteiliche Demokratie** festgeschrieben, um den Einfluss politisch engagierter Bürger in einer Partei zu vergrößern. Je mehr Menschen einer Organisation angehören,

desto schwieriger ist es aber, sie alle gleichberechtigt an den Entscheidungen teilhaben zu lassen. Da in Parteien nicht bei allen Entscheidungen eine Mitgliederversammlung einberufen werden kann, haben sich Führungsgremien gebildet. Trotz der innerparteilichen Demokratie sind daher die Gestaltungsmöglichkeiten der Parteimitglieder ohne Funktion sehr eingeschränkt. Früh wurde Parteien eine zwangsläufige Tendenz zur **Oligarchisierung** nachgesagt, also einer Bündelung der Organisationsmacht bei wenigen Menschen an der Parteispitze. Es ist allerdings umstritten, wie stark diese Neigung in den heutigen demokratischen Parteien Deutschlands besteht.

### Inhaltliche Ausrichtung von Parteien

Parteien lassen sich auch aufgrund ihrer programmatischen Bewertung des politischen Systems einteilen: **Systemkonforme Parteien** befürworten die geltende Herrschaftsordnung und wollen sie stabilisieren. **Systemfeindliche Parteien** lehnen sie dagegen ab und wollen sie – auf legalem oder illegalem Wege – durch eine andere Herrschaftsordnung ersetzen. Deutschland ist eine liberale Demokratie, daher sind nationalistische und rassistische Parteien sowie kommunistische Parteien als systemfeindlich anzusehen. Die Parteien lassen sich zudem auf einem Spektrum politischer Richtungen von rechts nach links einordnen. Dieses **Rechts-Links-Schema** entstammt dem französischen Parlamentarismus. Befürworter von mehr sozialer Gleichheit und mehr gesellschaftlicher Liberalität werden i.d.R. als links wahrgenommen, während die Befürwortung von Marktliberalismus und Autorität als rechts gelten.

### Volks- und Interessenparteien

Je nach dem Adressatenkreis der Parteien lässt sich zwischen Volks- und Interessenparteien unterscheiden.

- **Interessenparteien** wenden sich an bestimmte – soziale, konfessionelle oder regionale – Gruppen und beanspruchen, deren politische Interessen zu vertreten.
- **Volksparteien** wollen alle Bevölkerungsschichten ansprechen; weltanschauliche Gesichtspunkte spielen für sie eine geringere Rolle.

## Programmatische Ausrichtung der Parteien

Ausrichtung	Beispiele
<p><b>Christdemokratische Parteien</b> betonen das Bekenntnis zum Christentum und sind meist eher konservativ ausgerichtet. Für die Christdemokratie ist die Ordnungsfunktion des Staats zentral. Im Unterschied zum Liberalismus unterstreicht die Christdemokratie nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten der Bürger. Zudem wird der Wert der Familie betont.</p>	<p>Christlich Demokratische Union (CDU) und Christlich Soziale Union (CSU). Die christdemokratische Strömung konnte in der Geschichte der Bundesrepublik den größten Einfluss entfalten.</p>
<p><b>Sozialdemokratische Parteien</b> wollen soziale Ungleichheit abbauen und einen Teil des gesellschaftlichen Wohlstands zugunsten der sozial Schwachen umverteilen. Die Sozialdemokratie unterscheidet sich vom Kommunismus dadurch, dass sie die Freiheit des Einzelnen nicht dem Gemeinwohl unterordnet. Die Sozialdemokratie hat sich historisch durch ihren Einsatz für eine Angleichung der Lebenschancen über den Weg staatlicher Umverteilungsmaßnahmen verdient gemacht.</p>	<p>Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ist die älteste der heutigen politischen Parteien und nach der CDU/CSU die zweitstärkste politische Strömung in der Geschichte der Bundesrepublik.</p>
<p><b>Liberalen Parteien</b> gehen davon aus, dass aus der freien Entfaltung des Einzelnen Wohlstand und Fortschritt der Gesellschaft entstehen. Der Staat soll nach Ansicht liberaler Parteien lediglich einen Ordnungsrahmen bilden, um die Freiheit des Einzelnen zu schützen und Rechtssicherheit zu gewährleisten. Diese Parteien treten für eine freie Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe ein.</p>	<p>Freie Demokratische Partei (FDP). Obgleich die liberale Strömung recht klein ist, gelang es der FDP, durch die Beteiligung an wechselnden Koalitionen mit CDU/CSU und SPD auf Bundes- und Länderebene beträchtlichen Einfluss zu erlangen.</p>
<p><b>„Grüne“ Parteien</b> konzentrieren sich in ihrer Programmatik stark auf die Betonung des Umweltschutzes. In der Gesellschaftspolitik haben sie eine liberale Ausrichtung.</p>	<p>Im deutschen Parteiensystem stehen Bündnis 90/Die Grünen für diese Strömung. Die Partei kam erst Ende der 1970er Jahre auf. Inzwischen hat sie sich fest im deutschen Parteiensystem etabliert.</p>
<p><b>Kommunistische Parteien</b> lehnen die „bürgerliche“ Demokratie ab und wollen eine „klassenlose“ Gesellschaft. Dazu soll Privateigentum im Produktionsbereich abgeschafft und ansonsten eingeschränkt werden.</p>	<p>Deutsche Kommunistische Partei, in Teilen auch DIE LINKE, die aus der Staatspartei der DDR, der SED, hervorging.</p>
<p><b>Konservative Parteien</b> wollen Traditionen bewahren und sind skeptisch gegenüber Neuerungen.</p>	<p>In der Bundesrepublik gibt es keine wählerwirksame konservative Partei, aber bedeutsame Strömungen in der CDU und vor allem der CSU sind als konservativ einzustufen.</p>
<p><b>Nationalistische und rassistische Parteien</b> trennen strikt zwischen den Angehörigen ihrer eigenen Nation oder Ethnie und allen anderen Menschen. Die Auffassung, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben, wird abgelehnt.</p>	<p>Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Deutsche Volksunion (DVU) und – eingeschränkt – die Republikaner. Die nationalistische und rassistische Strömung ist in der Bundesrepublik im Vergleich zur Weimarer Republik bis heute recht schwach geblieben.</p>